

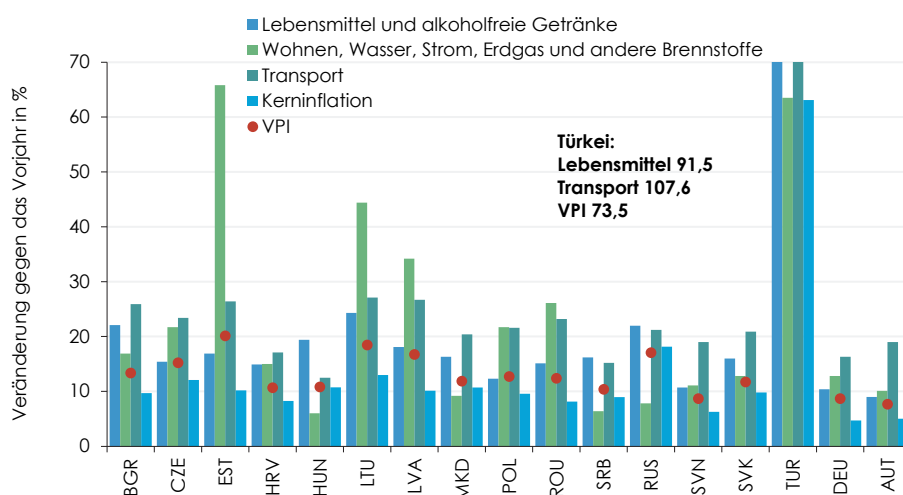
# Ukraine-Krieg bremst Erholung Mittel-, Ost- und Südosteuropas von der COVID-19-Krise

Vasily Astrov, Olga Pindyuk (wiiw)

- Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges – starke Preisanstiege bei Energie und Lebensmitteln, Handelsunterbrechungen und Fluchtmigration – beeinträchtigen die Erholung der mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder (MOSOEL) vom COVID-19-bedingten Einbruch. Eine Rezession wird 2022 jedoch nur für mehrere GUS-Länder und die Ukraine erwartet.
- Zur Eindämmung der hohen Inflation dient eine Mischung aus restriktiver Geld- und expansiver Fiskalpolitik, die den künftigen Handlungsspielraum vieler Regierungen einschränken könnte.
- Die makroökonomischen Auswirkungen von Handelsunterbrechungen mit Russland und der Ukraine dürften in den meisten MOSOEL begrenzt, in bestimmten Sektoren wie der Automobilindustrie jedoch gravierend sein.
- Der Zustrom ukrainischer Flüchtlinge könnte den Arbeitskräftemangel entschärfen, vor allem in den Visegrád-Ländern.
- Die wichtigsten Prognoserisiken sind ein mögliches Platzen von Immobilienblasen und ein Erdgaslieferstopp durch Russland; beides könnte die Wirtschaft der MOSOEL in eine Rezession stürzen.

## Verbraucherpreisindex nach Komponenten

Mai 2022



"Die Westbalkanländer, die GUS-Länder und die Ukraine sind vom Anstieg der Lebensmittelpreise am stärksten betroffen, weil in diesen Ländern der Anteil der Lebensmittel an den Haushaltsausgaben besonders hoch ist: in der Ukraine beträgt er fast 50%, in Österreich dagegen nur 10%."

Obwohl der jüngste Inflationsanstieg in den MOSOEL vor allem durch rasant gestiegene Preise für Lebensmittel und Energie verursacht wurde, hat sich oft auch die Kerninflation beschleunigt (Q: Eurostat, nationale Statistiken; wiiw).

# Ukraine-Krieg bremst Erholung Mittel-, Ost- und Südosteuropas von der COVID-19-Krise

Vasily Astrov, Olga Pindyuk (wiiw)

## Ukraine-Krieg bremst Erholung Mittel-, Ost- und Südosteuropas von der COVID-19-Krise

Der rasante Anstieg der Preise für Energie und Lebensmittel hatte in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern (MOSOEL) eine merkliche Inflationsbeschleunigung zur Folge, die mit einer Mischung aus restriktiver Geld- und expansiver Fiskalpolitik bekämpft wird. Trotz der insgesamt geringen Handelsverflechtung der meisten MOSOEL mit Russland und der Ukraine könnten die Einbußen in manchen Sektoren wie der Automobilindustrie beträchtlich sein. Die für 2022 erwartete Wachstumsverlangsamung in den meisten MOSOEL dürfte vorübergehender Natur sein, bereits 2023 sollte das Wachstum wieder an Schwung gewinnen. Mehrere GUS-Länder und die Ukraine werden 2022 eine Rezession verzeichnen, Russland voraussichtlich auch noch 2023.

**JEL-Codes:** E31, E50, E62, E66, O52, O57 • **Keywords:** Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Wirtschaftsprognosen, Inflation, Ukraine-Krieg

**Begutachtung:** Michael Peneder • **Wissenschaftliche Assistenz:** Beate Muck ([muck@wiiw.ac.at](mailto:muck@wiiw.ac.at)) •  
Abgeschlossen am 20. 7. 2022

**Kontakt:** Vasily Astrov ([astrov@wiiw.ac.at](mailto:astrov@wiiw.ac.at)), Olga Pindyuk ([pindyuk@wiiw.ac.at](mailto:pindyuk@wiiw.ac.at))

## Ukraine War Slows Recovery of Central, Eastern and Southeastern Europe from the COVID-19 Crisis

Recent sharp increases in energy and food prices have resulted in a marked acceleration of inflation in the Central, Eastern and Southeastern European countries (CESEE), which is being combated with a mix of restrictive monetary and expansionary fiscal policies. Despite the overall low trade dependence of most CESEE countries on Russia and Ukraine, the losses in some sectors such as the automotive industry could be significant. The slowdown in growth expected in 2022 in most CESEE countries is likely to be temporary, it should pick up again in 2023. Several CIS countries and Ukraine will experience a recession in 2022, which in the case of Russia is likely to continue into next year.

## 1. Ukraine-Krieg trübt die Stimmung

2021 verzeichneten die meisten mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder (MOSOEL) einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung. Nach dem COVID-19-bedingten Einbruch im Vorjahr (BIP real  $-2,1\%$ ) wuchs die Wirtschaft der Region um  $6,3\%$  (Übersicht 1). Damit wurde, anders als etwa im Euro-Raum, das Vorkrisenniveau des BIP deutlich übertroffen. Einer der Gründe dafür waren die vergleichsweise milden COVID-19-Maßnahmen, trotz ähnlich hoher Infektionszahlen wie in Westeuropa. Die weniger strikten Regelungen waren nicht zuletzt auf den geringeren fiskalischen Spielraum der MOSOEL zurückzuführen. Ein solcher Spielraum ist die Voraussetzung, um trotz strenger Lockdowns den Rückgang der Haushaltseinkommen in Grenzen zu halten.

Die wirtschaftliche Erholung setzte sich in den meisten MOSOEL auch im I. Quartal 2022 fort (Abbildung 1) und wurde zum Teil durch den Nachfrageschub nach Konsumgütern angesichts gestiegener Inflationserwartungen angetrieben. Slowenien ( $+9,8\%$ ),

Polen ( $+9,2\%$ ) und Ungarn ( $+8,2\%$ ) erzielten dabei besonders hohe Wachstumsraten. Selbst in Russland legte das BIP im I. Quartal noch zu ( $+3,5\%$ ), obwohl viele Sanktionen westlicher Länder in Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine bereits Ende Februar bzw. Anfang März 2022 verhängt worden waren. Lediglich in der kriegsgebeutelten Ukraine schrumpfte die Wirtschaft kräftig (I. Quartal 2022  $-15,1\%$ ).

In den letzten Monaten wurden jedoch die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auch in den anderen MOSOEL zunehmend spürbar. Dies ist wenig überraschend, da zahlreiche MOSOEL an die Ukraine, Russland oder Weißrussland grenzen und zum Teil enge Handels- und Investitionsverflechtungen mit diesen drei Ländern haben. Wie Abbildung 2 zeigt, ging der Geschäftsklimaindex in vielen MOSOEL zuletzt deutlich zurück. In Tschechien und der Slowakei erholte sich das Geschäftsklima zwar wieder, dies dürfte jedoch angesichts der jüngsten Verschlechterung in Deutschland nicht von Dauer sein. Bei den

Verbraucherinnen und Verbrauchern war der Vertrauensschwund noch deutlich ausgeprägter als bei den Unternehmen (Abbildung 3). In Lettland und der Türkei, wo der Konsumklimaindex besonders niedrige Werte aufweist, war die Stimmung zuletzt sogar schlechter als zu Beginn der COVID-19-Pandemie.

Die Kanäle, über die der Ukraine-Krieg auf die Wirtschaft der MOSOEL einwirkt, sind vielfältig und umfassen etwa die steigenden Rohstoffpreise, Handelsunterbrechungen sowie den Zustrom der ukrainischen Flüchtlinge. Auf diese Kanäle wird im Folgenden genauer eingegangen.

**Die Kanäle, über die der Ukraine-Krieg auf die Wirtschaft der MOSOEL einwirkt, umfassen die steigenden Rohstoffpreise, Handelsunterbrechungen sowie den Zustrom der Flüchtlinge.**

## Übersicht 1: Wirtschaftswachstum und Verbraucherpreisinflation

	Bruttoinlandsprodukt, real					Verbraucherpreise				
	2020	2021	2022	2023	2024	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
EU-Länder in Ostmitteleuropa <sup>1)</sup>	- 3,6	+ 5,7	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,7	+ 2,7	+ 4,3	+ 11,3	+ 7,0	+ 3,9
Bulgarien	- 4,4	+ 4,2	+ 2,5	+ 3,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 2,8	+ 14,0	+ 8,0	+ 5,0
Tschechien	- 5,8	+ 3,3	+ 1,8	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,3	+ 12,2	+ 5,8	+ 2,3
Estland	- 3,0	+ 8,3	+ 2,1	+ 3,4	+ 3,1	- 0,6	+ 4,5	+ 14,5	+ 7,5	+ 4,0
Kroatien	- 8,1	+ 10,2	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,6	± 0,0	+ 2,7	+ 8,2	+ 3,5	+ 3,0
Ungarn	- 4,5	+ 7,1	+ 3,1	+ 1,5	+ 2,7	+ 3,4	+ 5,2	+ 11,0	+ 6,0	+ 4,0
Litauen	- 0,1	+ 5,0	+ 1,9	+ 2,8	+ 2,6	+ 1,1	+ 4,6	+ 14,5	+ 6,5	+ 4,0
Lettland	- 3,8	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,6	+ 0,1	+ 3,2	+ 13,0	+ 6,5	+ 3,0
Polen	- 2,2	+ 5,9	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,7	+ 5,2	+ 10,5	+ 8,0	+ 4,5
Rumänien	- 3,7	+ 5,9	+ 3,5	+ 3,5	+ 4,5	+ 2,3	+ 4,1	+ 12,0	+ 7,0	+ 4,0
Slowenien	- 4,2	+ 8,1	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,8	- 0,3	+ 2,0	+ 8,1	+ 4,3	+ 2,3
Slowakei	- 4,4	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,0	+ 2,8	+ 10,5	+ 6,5	+ 2,5
Euro-Raum <sup>2)</sup>	- 6,3	+ 5,4	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,3	+ 2,6	+ 7,5	+ 3,5	+ 2,0
EU 27 <sup>2)</sup>	- 5,9	+ 5,4	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 0,7	+ 2,9	+ 7,7	+ 3,7	+ 2,2
Westbalkanländer <sup>1)</sup>	- 3,2	+ 7,6	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,2	+ 0,9	+ 3,2	+ 9,5	+ 5,1	+ 3,4
Albanien	- 3,5	+ 8,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,7	+ 1,6	+ 2,0	+ 6,1	+ 3,5	+ 2,5
Bosnien und Herzegowina	- 3,1	+ 7,1	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,3	- 1,1	+ 2,0	+ 10,0	+ 4,0	+ 3,0
Montenegro	- 15,3	+ 12,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,3	- 0,3	+ 2,4	+ 10,0	+ 4,0	+ 2,0
Nordmazedonien	- 6,1	+ 4,0	+ 1,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,2	+ 3,2	+ 11,0	+ 6,0	+ 4,0
Serbien	- 0,9	+ 7,4	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,4	+ 1,6	+ 4,1	+ 10,0	+ 6,0	+ 4,0
Kosovo	- 5,3	+ 10,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,9	+ 0,2	+ 3,4	+ 8,5	+ 4,3	+ 2,0
Türkei	+ 1,8	+ 11,0	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,2	+ 12,3	+ 19,6	+ 67,7	+ 22,6	+ 19,6
GUS, Ukraine <sup>1)</sup>	- 2,7	+ 4,5	- 8,9	- 1,5	+ 2,4	+ 3,7	+ 7,1	+ 15,8	+ 9,9	+ 4,4
Weißrussland	- 0,7	+ 2,3	- 4,5	+ 1,0	+ 2,0	+ 5,5	+ 9,5	+ 15,0	+ 12,0	+ 11,0
Kasachstan	- 2,5	+ 4,1	+ 2,8	+ 3,9	+ 4,2	+ 6,8	+ 8,0	+ 13,0	+ 9,0	+ 6,0
Moldawien	- 8,3	+ 13,9	- 1,0	+ 3,0	+ 4,0	+ 3,8	+ 5,1	+ 25,0	+ 13,0	+ 8,0
Russland	- 2,7	+ 4,7	- 7,0	- 3,0	+ 1,0	+ 3,4	+ 6,7	+ 15,6	+ 9,7	+ 3,7
Ukraine	- 3,8	+ 3,4	- 38,0	+ 5,0	+ 13,0	+ 2,7	+ 9,4	+ 20,0	+ 12,0	+ 6,0
Visegrád-Länder <sup>1)</sup>	- 3,4	+ 5,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,4	+ 4,7	+ 10,9	+ 7,2	+ 3,9
Baltische Länder <sup>1)</sup>	- 1,8	+ 5,6	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,4	+ 4,2	+ 14,1	+ 6,7	+ 3,7
Südosteuropäische Länder <sup>1)</sup>	- 4,1	+ 6,5	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,9	+ 1,6	+ 3,6	+ 11,3	+ 6,3	+ 3,9
GUS und Ukraine <sup>1)</sup> <sup>3)</sup>	- 2,9	+ 3,8	- 15,8	+ 3,9	+ 7,6	+ 4,8	+ 8,8	+ 16,6	+ 10,8	+ 6,8
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa <sup>1)</sup>	- 1,4	+ 6,5	- 5,9	- 0,9	+ 1,7	+ 6,1	+ 10,7	+ 11,0	+ 6,9	+ 3,1
MOSOEL insgesamt <sup>1)</sup>	- 2,1	+ 6,3	- 3,2	+ 0,3	+ 2,3	+ 5,1	+ 8,8	+ 11,1	+ 6,9	+ 3,3

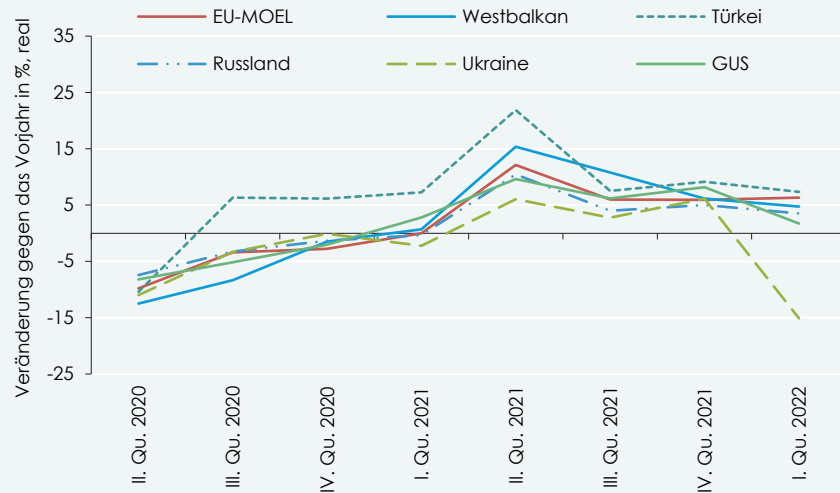
Q: wiw, Eurostat. 2022 bis 2024: wiw-Prognosen. Stichtag für historische Daten und Prognosen: 29. 6. 2022. – <sup>1)</sup> wiw-Schätzung. – <sup>2)</sup> wiw-Prognosen. – <sup>3)</sup> Ohne Russland.

## 2. Beschleunigung der Inflation

Russland und die Ukraine sind weltweit wichtige Lieferanten zahlreicher Agrarrohstoffe, vor allem von Getreide wie Weizen, Mais und Sonnenblumenkernen. In den letzten Monaten wurde jedoch ein Großteil der ukrainischen Agrarexporte durch die Blockade der Schwarzmeerhäfen verhindert, während

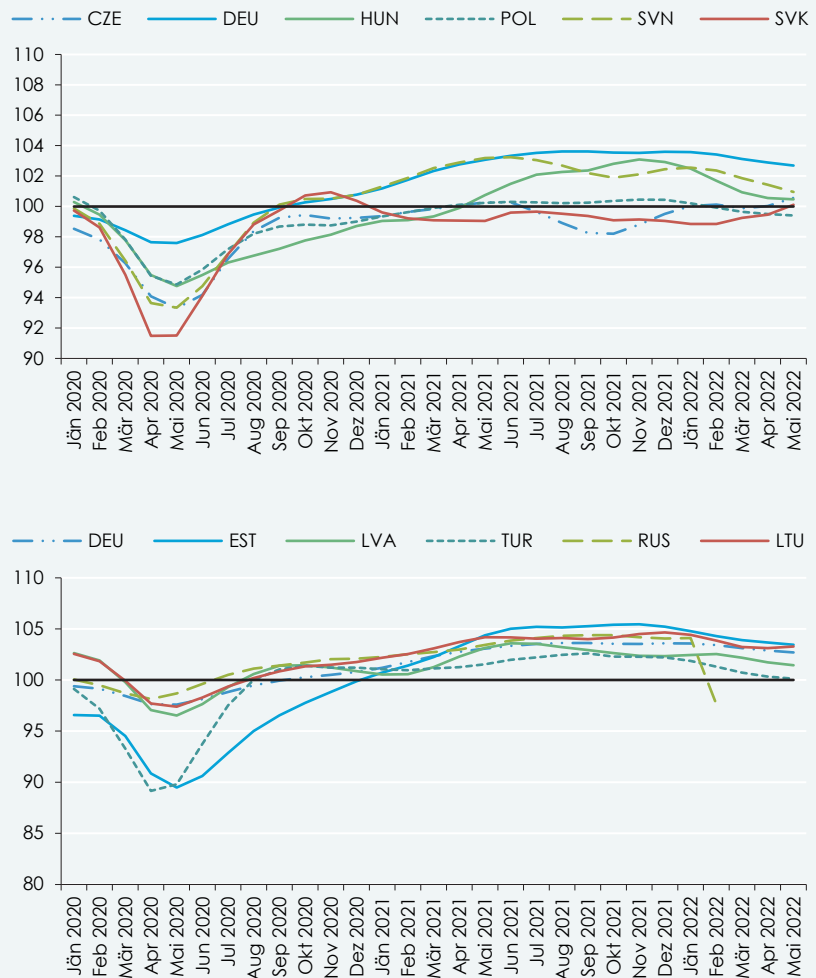
Russland ein Exportembargo für Weizen verhängt hat, um den Preisanstieg im Inland zu bremsen. Auch die Versorgung mit Düngemitteln ist derzeit beeinträchtigt. Dies dürfte die Agrarproduktion in vielen Ländern einschränken.

Abbildung 1: **Bruttoinlandsprodukt**



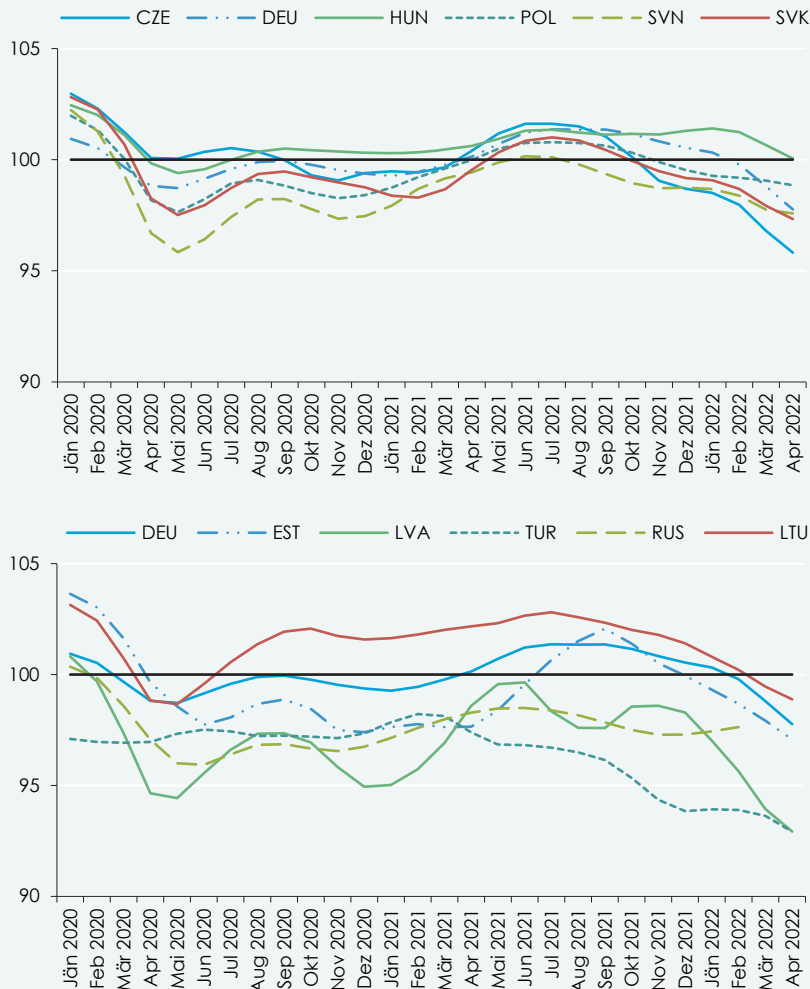
Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. GUS: Belarus, Kasachstan und Moldawien.

Abbildung 2: **Geschäftsklimaindex**



Q: OECD. Ab März 2022: keine Daten für Russland verfügbar. Zahlen über 100 deuten auf eine optimistische Einschätzung der künftigen Wirtschaftslage hin.

Abbildung 3: Index des Verbrauchervertrauens



Q: OECD. Ab März 2022: keine Daten für Russland verfügbar. Zahlen über 100 deuten auf eine optimistische Einschätzung der künftigen Wirtschaftslage hin.

Diese Entwicklungen hatten einen drastischen Anstieg der Lebensmittelpreise zur Folge. Innerhalb der MOSOEL sind die Westbalkanländer, die GUS-Länder und die Ukraine davon am stärksten betroffen, weil in diesen Ländern der Anteil der Lebensmittel im durchschnittlichen Warenkorb besonders hoch ist (Abbildung 4). In Moldawien und Albanien entfallen beispielsweise etwa 40% der Haushaltsausgaben auf Lebensmittel, in der Ukraine gar fast die Hälfte, in Österreich dagegen nur 10%.

Gleichzeitig schossen auch die Energiepreise in die Höhe. Einerseits verlaufen mehrere Erdöl- und Erdgaspipelines durch die Ukraine und im Speziellen durch die kriegsgebeutelten Gebiete im Osten. Andererseits stehen mehrere russische Energieunternehmen auf den westlichen Sanktionslisten. Zudem kündigte die EU am 31. Mai 2022 ein grundsätzliches Einfuhrverbot für russisches Erdöl an. Dies nährte auf den globalen Erdölmärkten die Erwartungen einer Angebotsverknappung. Darüber hinaus trugen die

jüngsten, durch Russland initiierten Drosselungen der Erdgaslieferungen an mehrere europäische Länder zum Preisanstieg bei. Zu diesen Ländern zählen auch Polen und Bulgarien, weil sie der russischen Forderung nach einer Zahlung in Rubel nicht nachgekommen sind.

Aufgrund des rasanten Anstiegs der Lebensmittel- und Energiepreise zog die Inflation auch in den MOSOEL kräftig an. Im Mai 2022 lag sie mit Ausnahme Sloweniens in allen Ländern der Region über der 10%-Marke (Abbildung 5). Auch die Kerninflation hat sich beschleunigt, was darauf hindeutet, dass die Teuerung zunehmend auf breiter Basis ruht. In vielen MOSOEL wurden die gestiegenen Preise für Rohstoffe jedoch bisher erst teilweise an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben, etwa aufgrund fixer Tarife für Strom und Gas oder der eingeführten Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel. Sollten die Preissteigerungen in vollem Ausmaß auf die Verbraucherpreise überwältigt werden, dürfte der Inflationsdruck

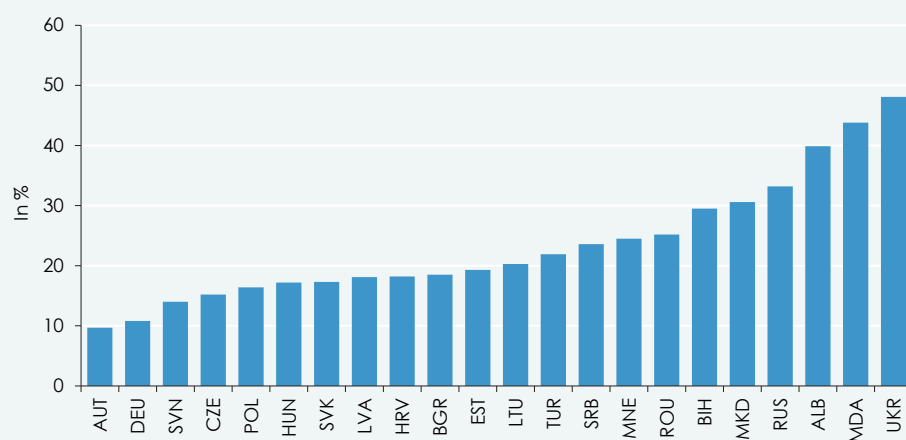
**Aufgrund des rasanten Anstiegs der Lebensmittel- und Energiepreise zog die Inflation in den MOSOEL kräftig an.**

in den kommenden Monaten kaum nachlassen. Die Türkei stellt hinsichtlich der Inflationsentwicklung einen Sonderfall dar: die enorme Teuerung von über 70% auf Jahresbasis wurde dort vor allem durch die äußerst expansive Geldpolitik ausgelöst, die einen massiven Währungsverfall und eine Verteuerung der Importe zur Folge hatte.

Der starke Preisauftrieb schmälert die Realeinkommen der privaten Haushalte. Im März 2022 waren die Reallöhne in sechs MOSOEL

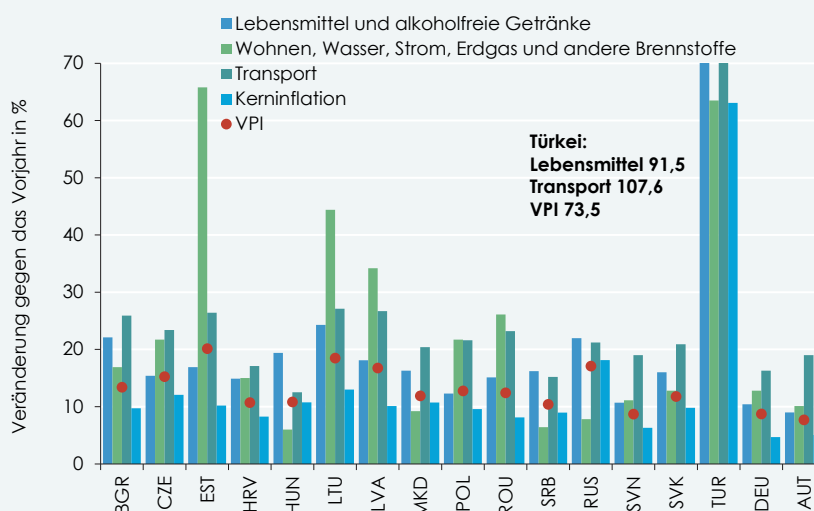
im Jahresvergleich bereits rückläufig. Die stärksten Rückgänge verzeichneten Slowenien (-5,7%), Moldawien (-5,2%) und Estland (-3,9%). Dieser Trend könnte sich in den nächsten Monaten verstärken bzw. auch die anderen Länder der Region erfassen. Generell sind die Lohnverhandlungen in den MOSOEL durch eine hohe Dezentralisierung gekennzeichnet<sup>1)</sup>, was das nominelle Lohnwachstum trotz hoher Inflation bremsen dürfte.

Abbildung 4: Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Haushaltsausgaben insgesamt 2019



Q: Eurostat, nationale Statistiken. Einschließlich alkoholfreie Getränke.

Abbildung 5: Verbraucherpreisindex nach Komponenten Mai 2022



Q: Eurostat, nationale Statistiken; wiiw.

<sup>1)</sup> Müller, T. (2021). *Collective bargaining systems in Europe*. ETUI.

### 3. Wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen die Teuerung

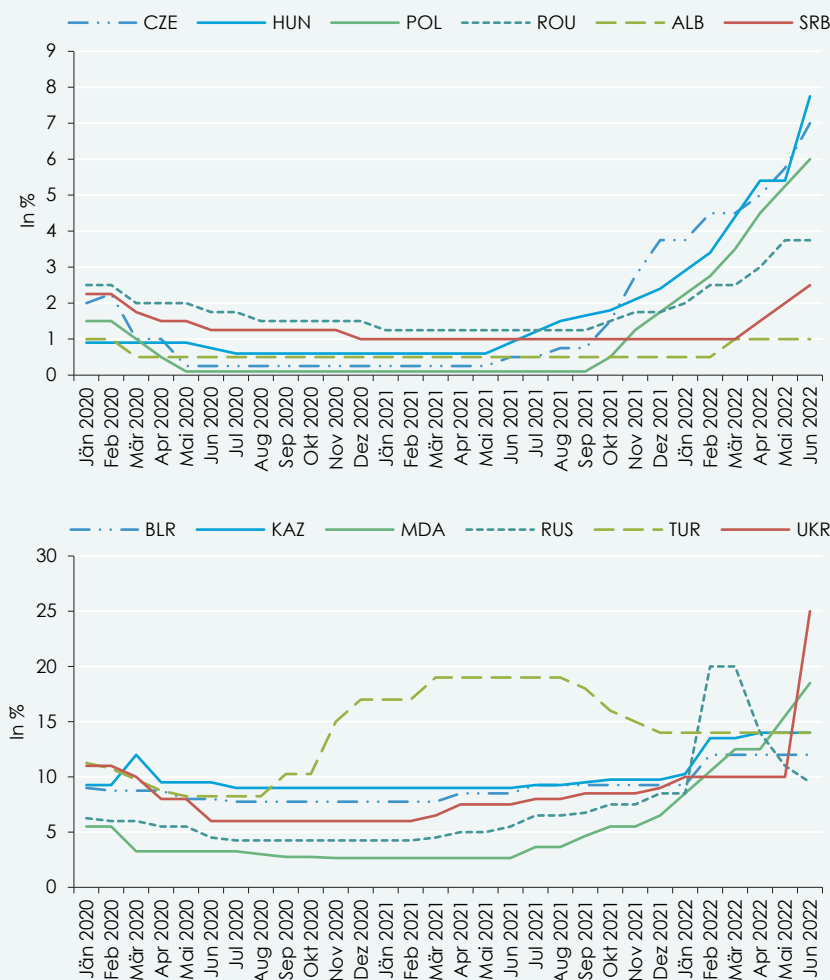
Als Reaktion auf die ansteigende Inflation (und zum Teil die Währungsabwertungen) haben die Zentralbanken vieler MOSOEL ihre Geldpolitik weiter gestrafft (Abbildung 6). In der Ukraine, wo die Verbraucherpreise in letzter Zeit besonders stark zulegten, wurde die kräftigste Leitzinserhöhung beschlossen (+15 Prozentpunkte auf 25%). In Russland, wo die jüngste Aufwertung des Rubel und der Einbruch des privaten Konsums für eine

beachtliche Desinflation im Mai und Juni 2022 sorgten, konnte die in der ersten Kriegswoche erfolgte Anhebung des Leitzinses dagegen weitgehend rückgängig gemacht werden. Trotz geldpolitischer Straffung blieben die Realzinsen in den meisten MOSOEL negativ (Abbildung 7), was auf die begrenzte Wirksamkeit der Geldpolitik bei der Inflationsbekämpfung hindeutet.

Zur Eindämmung der hohen Inflation dient eine Mischung aus restriktiver Geld- und expansiver Fiskalpolitik, die den künftigen Handlungsspielraum vieler Regierungen einschränken könnte.

Abbildung 6: **Leitzins der Zentralbank**

Zum Monatsende



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. Stand 30. 6. 2022.

Auch fiskalpolitische Instrumente wurden zuletzt zunehmend eingesetzt, um die Auswirkungen der steigenden Preise für Lebensmittel, Strom und Gas vor allem auf die ärmsten Haushalte abzufedern. Zu den typischen Maßnahmen zählen dabei gezielte Leistungen zur Einkommensunterstützung, die Senkung von indirekten Steuern auf Energie-

träger, und Preisobergrenzen für Grundnahrungsmittel. In neun MOSOEL werden derartige Maßnahmen 2022 zu einer erneuten Ausweitung der Budgetdefizite beitragen, nachdem diese im Vorjahr aufgrund der Konjunkturverbesserung und des Auslaufens vieler COVID-19-Unterstützungspakete verringert werden konnten (Übersicht 2).

## Übersicht 2: Arbeitslosenquote, Leistungsbilanz und Budgetsaldo

	Arbeitslosenquote					Leistungsbilanz					Budgetsaldo				
	2020	2021	2022	2023	2024	2020	2021	2022	2023	2024	2020	2021	2022	2023	2024
	In %, Jahresdurchschnitt					In % des BIP					In % des BIP				
EU-Länder in Ostmitteleuropa <sup>1)2)</sup>	4,4	4,5	4,3	4,1	3,9	1,1	- 1,6	- 3,1	- 2,5	- 1,8	- 7,0	- 4,3	- 4,7	- 3,7	- 2,7
Bulgarien	5,1	5,3	4,8	4,5	4,0	- 0,1	- 0,4	- 1,8	- 1,5	- 1,0	- 4,0	- 4,1	- 5,0	- 4,0	- 3,0
Tschechien	2,6	2,8	2,5	2,5	2,2	2,0	- 0,9	- 3,5	- 2,2	0,0	- 5,8	- 5,9	- 5,0	- 2,7	- 0,5
Estland	6,8	6,2	6,7	5,5	4,0	- 0,3	- 1,1	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 5,6	- 2,4	- 4,5	- 3,0	- 1,8
Kroatien	7,5	7,6	7,2	7,0	6,9	- 0,1	3,2	0,6	0,8	1,0	- 7,3	- 2,9	- 3,3	- 2,5	- 2,3
Ungarn	4,3	4,1	3,6	3,6	3,6	- 1,1	- 3,1	- 4,5	- 2,5	- 1,5	- 7,8	- 6,8	- 5,5	- 4,3	- 3,7
Litauen	8,5	7,1	6,8	7,0	6,0	7,3	1,4	0,4	0,4	0,5	- 7,3	- 1,0	- 4,5	- 3,5	- 2,0
Lettland	8,1	7,6	7,0	5,8	6,0	2,9	- 2,9	- 3,8	- 1,9	- 2,0	- 4,5	- 7,3	- 5,5	- 3,5	- 2,0
Polen	3,2	3,4	3,2	3,1	3,0	2,9	- 0,6	- 2,1	- 2,0	- 1,5	- 6,9	- 1,9	- 3,8	- 3,5	- 3,0
Rumänien	5,0	5,6	5,5	5,3	5,0	- 5,0	- 7,0	- 7,0	- 6,5	- 6,0	- 9,3	- 7,1	- 6,5	- 5,0	- 4,0
Slowenien	5,0	4,8	4,1	4,0	3,9	7,4	3,3	0,6	1,1	1,8	- 7,8	- 5,2	- 3,7	- 3,4	- 2,2
Slowakei	6,7	6,8	6,5	5,9	5,7	0,4	- 2,0	- 4,4	- 4,5	- 4,2	- 5,5	- 6,2	- 5,1	- 4,1	- 3,4
Euro-Raum <sup>3)</sup>	7,9	7,7	7,0	6,8	6,6	2,8	3,5	1,5	1,5	1,5	- 7,1	- 5,1	- 4,3	- 3,1	- 1,8
EU 27 <sup>3)</sup>	7,1	7,0	6,2	6,0	5,8	2,8	3,2	1,5	1,5	1,5	- 6,8	- 4,7	- 3,9	- 2,7	- 1,4
Westbalkanländer <sup>1)2)</sup>	13,0	13,9	13,4	12,9	12,4	- 5,7	- 4,9	- 8,6	- 6,9	- 6,9	- 7,5	- 2,7	- 3,3	- 2,6	- 2,0
Albanien	11,7	11,5	11,2	11,0	10,6	- 8,7	- 7,7	- 8,1	- 7,5	- 6,7	- 6,7	- 4,5	- 4,0	- 3,0	- 2,0
Bosnien und Herzegowina	15,9	17,4	16,8	16,3	15,7	- 3,8	- 2,1	- 2,8	- 3,1	- 4,0	- 5,3	3,5	- 1,0	0,5	1,0
Montenegro	17,9	16,6	15,3	14,8	14,0	-26,1	- 9,3	-12,0	-12,7	-12,2	-11,1	- 1,8	- 3,1	- 2,9	- 2,1
Nordmazedonien	16,4	15,7	15,0	14,5	14,0	- 3,4	- 3,5	-10,0	- 7,0	- 7,0	- 8,3	- 5,4	- 4,0	- 3,0	- 2,0
Serbien	9,0	11,0	10,5	10,0	9,5	- 4,1	- 4,4	-10,0	- 7,0	- 7,0	- 8,0	- 4,1	- 4,0	- 3,5	- 3,0
Kosovo	25,9	24,5	24,3	23,8	23,5	- 7,0	- 8,6	- 9,9	- 9,8	- 9,4	- 7,6	- 1,3	- 2,0	- 2,0	- 1,0
Türkei	13,2	12,0	10,8	10,5	9,5	- 5,0	- 1,8	- 6,3	- 5,8	- 5,5	- 2,9	- 2,3	- 3,2	- 2,4	- 2,0
GUS, Ukraine <sup>1)2)</sup>	6,2	5,6	8,9	7,1	6,0	1,8	5,1	10,0	6,9	5,6	- 4,0	0,1	- 2,0	- 3,9	- 2,5
Weißrussland	4,0	3,9	4,0	4,0	4,0	- 0,4	2,7	1,1	0,9	0,7	- 1,7	0,2	- 4,0	- 2,0	- 2,0
Kasachstan	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	- 3,8	- 3,0	2,0	0,0	- 1,0	- 4,0	- 3,1	- 3,0	- 2,5	- 2,0
Moldawien	3,8	3,2	3,5	3,5	3,5	- 7,7	-11,6	-13,0	-10,0	- 8,0	- 5,3	- 1,9	- 6,5	- 4,5	- 3,5
Russland	5,8	4,8	6,0	6,0	5,5	2,4	6,9	12,5	9,0	8,0	- 4,0	0,8	0,0	- 3,0	- 2,0
Ukraine	9,5	9,9	25,0	15,0	10,0	3,4	- 1,3	- 3,0	- 4,0	- 6,0	- 5,3	- 3,4	-20,0	-15,0	- 8,0
Visegrád-Länder <sup>1)2)</sup>	3,5	3,7	3,4	3,3	3,2	1,9	- 1,2	- 3,0	- 2,3	- 1,4	- 6,6	- 3,9	- 4,4	- 3,5	- 2,6
Baltische Länder <sup>1)2)</sup>	8,0	7,0	6,8	6,3	5,5	4,2	- 0,4	- 0,9	- 0,4	- 0,4	- 6,1	- 3,1	- 4,8	- 3,4	- 1,9
Südosteuropäische Länder <sup>1)2)</sup>	8,1	8,7	8,4	8,1	7,7	- 3,9	- 4,3	- 5,7	- 5,0	- 4,6	- 7,9	- 5,1	- 5,2	- 4,0	- 3,2
GUS und Ukraine <sup>1)2)4)</sup>	7,2	7,3	15,5	9,9	7,3	- 0,6	- 1,7	- 0,3	- 1,6	- 2,7	- 4,2	- 2,7	- 9,7	- 7,2	- 4,3
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa <sup>1)2)</sup>	8,0	7,4	7,1	5,8	4,9	- 0,3	2,9	6,8	4,5	3,5	- 3,9	- 0,7	- 1,5	- 2,7	- 1,8
MOSOEL insgesamt <sup>1)2)</sup>	7,1	6,7	6,3	5,3	4,6	0,2	1,2	2,7	1,5	1,2	- 5,0	- 2,0	- 2,7	- 3,1	- 2,1

Q: wiw, Eurostat. 2022 bis 2024: wiw-Prognosen. Stichtag für historische Daten und Prognosen: 29. 6. 2022. Arbeitslosenquote: Labour-Force-Konzept. – <sup>1)</sup> wiw-Schätzung. – <sup>2)</sup> Leistungsbilanz einschließlich Transaktionen innerhalb der Region (Summe der einzelnen Länder). – <sup>3)</sup> wiw-Prognosen. – <sup>4)</sup> Ohne Russland.

Der fiskalpolitische Handlungsspielraum vieler Regierungen könnte bald schrumpfen, denn mit steigenden Zinsen steigt auch der Schuldendienst. Der Zinsabstand 10-jähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland vergrößerte sich zuletzt erheblich und erreichte in allen MOSOEL außer der Türkei<sup>2)</sup> nahezu das Niveau während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 (Abbildung 8), vor allem in Rumänien, Ungarn und Polen. Gleichzeitig profitieren die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer (EU-MOEL)

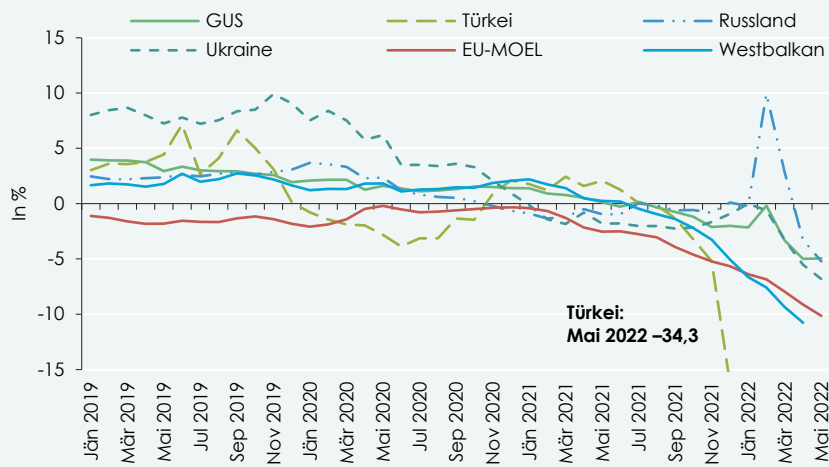
von den Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) der EU. Die RRF zielt darauf ab, die Konjunktur nach dem COVID-19-bedingten Einbruch zu beleben und gleichzeitig Investitionen in Digitalisierung und erneuerbare Energie zu fördern. Inzwischen wurden die nationalen Aufbaupläne aller EU-MOEL mit Ausnahme Bulgariens und Ungarns<sup>3)</sup> von der EU-Kommission gebilligt; dies ermöglicht die Auszahlung der Zuschüsse.

<sup>2)</sup> In der Türkei betrug der Zinsabstand zu Deutschland Ende Juni allerdings fast 20 Prozentpunkte, womit er nach wie vor der höchste aller MOSOEL war.

<sup>3)</sup> Ungarn ist das einzige mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedsländer, das der EU-Kommission bislang keinen Aufbau- und Resilienzplan vorgelegt hat.

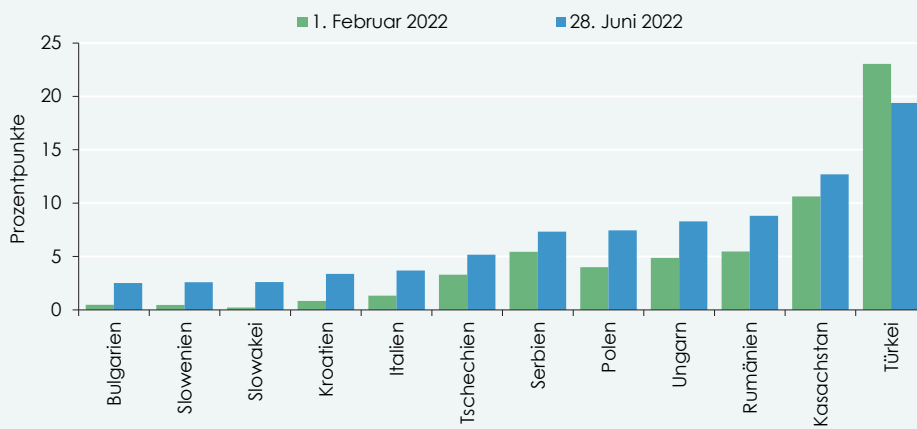


Abbildung 7: **Reale Zinssätze**



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. VPI bereinigt. Ländergruppen: Einfacher Durchschnitt der einzelnen Länderwerte. GUS: Belarus, Kasachstan und Moldawien.

Abbildung 8: **10-jährige Staatsanleihen – Zinsabstand zu Deutschland**



Q: <https://www.investing.com>.

#### 4. Handelsunterbrechungen

Der jüngste Inflationsanstieg dämpft auch die Konjunktur im Euro-Raum und in Deutschland – den mit Abstand wichtigsten Absatzmärkten der meisten MOSOEL. Vor diesem Hintergrund sind die Exportrückgänge im April 2022 in vielen Ländern der Region wenig überraschend (Abbildung 9). Die EU-MOEL, deren Wirtschaft in besonders hohem Ausmaß vom Export abhängt, werden von der Konjunkturabkühlung im Euro-Raum am stärksten betroffen sein. Rohstoffexporteure wie Kasachstan (und wohl auch Russland) profitieren hingegen von den steigenden Weltmarktpreisen, die Türkei von der derzeitigen Schwäche der Lira. Diese Länder ver-

zeichneten im April 2022 einen Anstieg der Exporte.

Der Ukraine-Krieg wirkt sich aber auch direkt auf die Exportwirtschaft der MOSOEL aus. Der Krieg, die Sanktionen des Westens gegen Russland und Weißrussland (insbesondere die Exportbeschränkungen und -verbote) und der Rückzug vieler westlicher Unternehmen führten in den drei genannten Ländern bereits zu einem dramatischen Rückgang der Importe. So sind z. B. die Güterimporte nach Russland im April und Mai 2022 im Vorjahresvergleich um geschätzte 50% eingebrochen<sup>4)</sup>. Sieht man von Energie-

<sup>4)</sup> Russland hat die Veröffentlichung von Außenhandelsstatistiken eingestellt. Die Schätzungen basieren

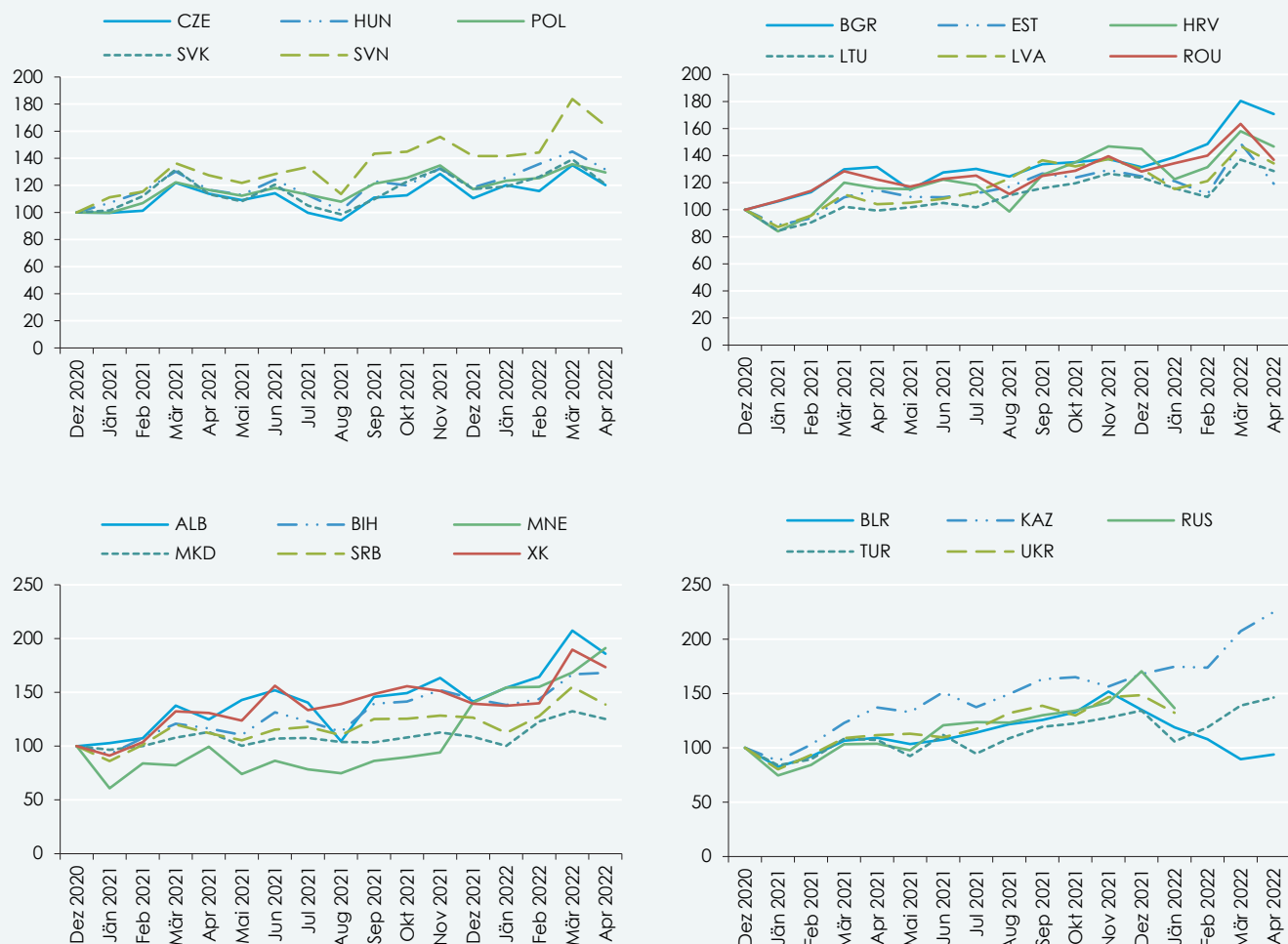
daher auf den Exportstatistiken der wichtigsten Handelspartner.

importen ab, ist Russland aufgrund der weitgehenden Abkoppelung in den vergangenen Jahren kein besonders wichtiger Handelspartner der meisten MOSOEL. Direkt und indirekt (über Exporte in Drittländer) hängt im Durchschnitt etwa 1% der Wertschöpfung der MOSOEL von der russischen Endnach-

frage ab. Die Bedeutung der Ukraine ist nochmals deutlich geringer (Abbildung 10). Dementsprechend dürften die direkten Auswirkungen der Rezessionen in Russland und der Ukraine in den meisten MOSOEL begrenzt sein und 2022 höchstens 0,5 Prozentpunkte an BIP-Wachstum kosten<sup>5)</sup>.

Abbildung 9: Güterexporte

Zollstatistik, auf Euro-Basis, Dezember 2020 = 100



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. Ab Februar 2022: keine Daten für Russland und Ukraine verfügbar.

**Die makroökonomischen Auswirkungen von Handelsunterbrechungen mit Russland dürften in den meisten MOSOEL begrenzt, in der Automobilindustrie jedoch gravierend sein.**

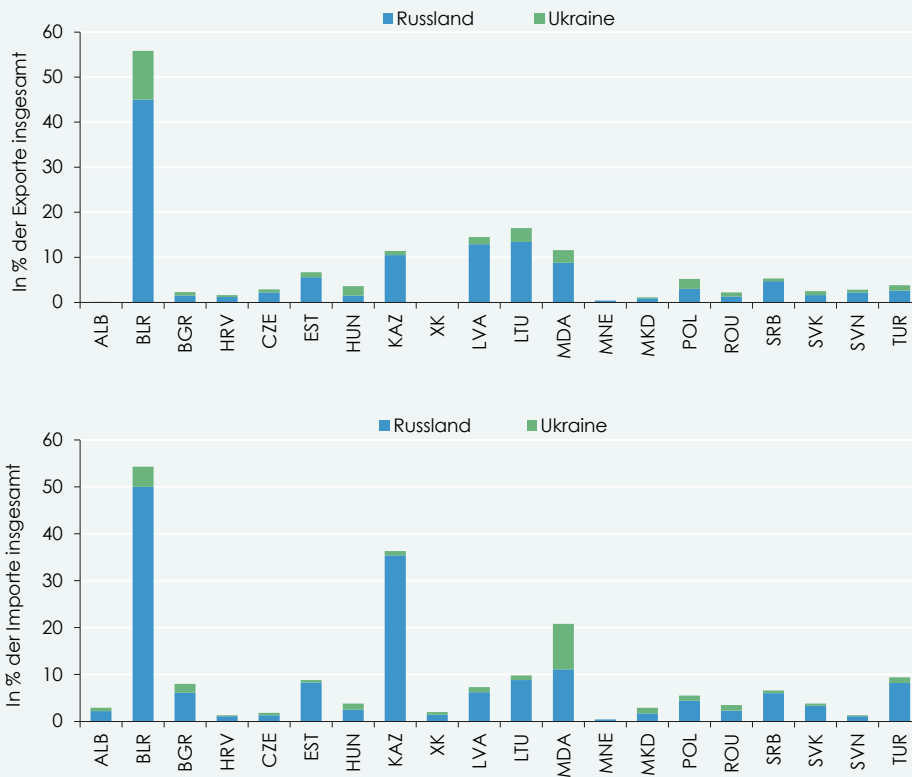
Für bestimmte Industriebranchen ist jedoch mit nennenswerten Einbußen zu rechnen. Ein Beispiel hierfür ist die Automobilindustrie, die bereits vor dem Ukraine-Krieg unter den COVID-19-bedingten Engpässen gelitten hatte, vor allem unter Lieferschwierigkeiten bei Mikrochips. Nun steht sie vor einer neuen Herausforderung, da der Krieg insbesondere die Produktion und die Lieferungen von in der Westukraine hergestellten Kabelbäumen

erheblich gestört hat. Besonders betroffen davon ist die Automobilindustrie in der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Rumänien, die eng in die regionalen Wertschöpfungsketten eingebunden ist. Andere MOSOEL, die weniger auf die Automobilproduktion spezialisiert sind, wie Litauen, Bulgarien und Polen, weisen dagegen nach wie vor eine starke Dynamik der Industrieproduktion auf.

<sup>5)</sup> wiiw (2022). *Overshadowed by War and Sanctions. Economic Analysis and outlook for Central, East and Southeast Europe. Forecast Report.*

Abbildung 10: **Güterhandel mit Russland und der Ukraine**

2020



Q: wiiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat.

## 5. Zustrom ukrainischer Flüchtlinge

Der hohe Zustrom von ukrainischen Kriegsflüchtlingen belastet die Arbeitsmärkte der meisten MOSOEL kaum. Etwa die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder, und ein großer Teil der Erwachsenen sind Frauen mit Betreuungspflichten, die nicht sofort Teil der Erwerbsbevölkerung werden. Außerdem ist die Arbeitsnachfrage in vielen MOSOEL derzeit hoch. In Polen lag die Arbeitslosenquote 2021 beispielsweise bei nur 3,2%, in Tschechien bei 2,5%, in Ungarn bei 3,6% (Übersicht 2). Ähnlich wie vor der COVID-19-Pandemie herrscht derzeit vor allem in den Visegrád-Ländern erneut Arbeitskräftemangel. Er kann zumindest teilweise durch die ukrainischen Flüchtlinge wettgemacht werden: anders als etwa den Flüchtlingen aus dem Mittleren Osten wurde den Ukrainerinnen und Ukrainern sofort Zugang zum EU-Arbeitsmarkt gewährt.

Vielmehr ist die große Anzahl von Flüchtlingen als Chance zu sehen, weil dadurch

## 6. Ausblick

Laut wiiw-Basiszenario wird sich 2022 das BIP-Wachstum im Großteil der MOSOEL deutlich verlangsamen, zu einer Rezession wird es jedoch nicht kommen. Dies ist vor allem der

positive Nachfrageimpulse entstehen. Gleichzeitig erfordert jedoch die soziale Absicherung der Flüchtlinge eine beträchtliche staatliche Finanzierung. Zu diesem Zweck verabschiedete die EU die Verordnung über Kohäsionsmaßnahmen für Flüchtlinge in Europa (Cohesion Action for Refugees in Europe – CARE), für die insgesamt 17 Mrd. € bereitgestellt werden. Auch Moldawien, das unter den MOSOEL gemessen an der Bevölkerung die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, profitiert von der finanziellen Unterstützung der EU. Da jedoch die tatsächlichen Ausgaben mit großer Wahrscheinlichkeit höher sein werden als die von der EU zur Verfügung gestellten Mittel, werden sie auch die nationalen Haushalte belasten. Dies ist neben den Maßnahmen gegen die Teuerung ein weiterer Grund für die prognostizierte Ausweitung der Budgetdefizite in vielen MOSOEL im Jahr 2022.

starken Binnennachfrage zu verdanken, die nicht zuletzt durch die expansive Fiskalpolitik in vielen MOSOEL gestützt wurde. In den EU-MOEL und den Westbalkanländern dürfte

**Der Zustrom ukrainischer Flüchtlinge könnte den Arbeitskräftemangel entschärfen, vor allem in den Visegrád-Ländern.**

die Wirtschaft 2022 im Durchschnitt um etwa 3% wachsen, in der Türkei um 2,7% (Übersicht 1). Die höchsten Wachstumsraten werden voraussichtlich in Slowenien (4,5%) und Polen (4,2%) erreicht. Slowenien weist eine besonders geringe Verflechtung mit der russischen und ukrainischen Wirtschaft auf, außerdem entwickeln sich seine Dienstleistungsexporte lebhaft. Polen ist nach Russland und der Türkei die drittgrößte Volkswirtschaft der MOSOEL und somit relativ unempfindlich gegenüber negativen externen Schocks. Für 2023 ist in den meisten EU-MOEL (mit Ausnahme von Ungarn, Polen und Slowenien), in den Westbalkanländern und in der Türkei wieder mit einer Wachstumsbeschleunigung zu rechnen, wobei Rumänien die kräftigsten Zuwächse verzeichnen dürfte.

In den GUS-Ländern wird die Wirtschaft 2022 zumeist schrumpfen. Russland und Weißrussland leiden dabei vor allem unter den Handelssanktionen und dem Rückzug westlicher Unternehmen. Demgegenüber dürfte Kasachstan als einziges Land der MOSOEL vom Ukraine-Krieg profitieren und bereits 2022 ein BIP-Wachstum erzielen, vor allem dank hoher Energiepreise und -exporte. In der Ukraine wird das reale BIP 2022 um bis zu 40% schrumpfen, was die verheerenden Auswirkungen des Krieges widerspiegelt, etwa die Zerstörung der Infrastruktur, die hohe Unsicherheit, Transportengpässe und den trotz hoher Arbeitslosigkeit zum Teil herrschenden Arbeitskräftemangel aufgrund der hohen Anzahl von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen.

Der für 2024 prognostizierte Wirtschaftsaufschwung in der Ukraine setzt voraus, dass die

heiße Phase des Krieges bis dahin vorbei ist und eine internationale Agentur nach dem Vorbild des Marshall-Fonds eingerichtet wird, die ausreichende Mittel für den Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft bereitstellt. Die jüngste Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldawien ist jedenfalls eine sehr positive Entwicklung für die Zukunft dieser Länder, auch wenn es bis zum tatsächlichen EU-Beitritt noch lange dauern könnte, wie das Beispiel der Westbalkanländer zeigt.

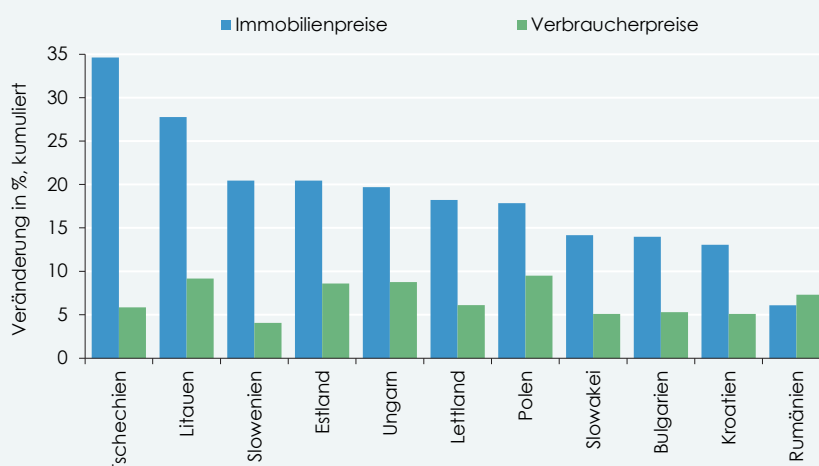
Russlands Wirtschaft dürfte nach einer erneuten (etwas mildereren) BIP-Rezession 2023 in den Folgejahren weitgehend stagnieren. Die zunehmende Abkoppelung der russischen Wirtschaft vom Westen wird das Investitionswachstum hemmen und den Zugang zu neuen Technologien deutlich erschweren, was durch verstärkte Kooperation mit China und anderen nichtwestlichen Ländern nur teilweise kompensiert werden kann.

Eines der Hauptrisiken der Prognosen für die MOSOEL ist eine mögliche Verfestigung der Inflationserwartungen, wobei eine hohe Inflation nur schwer zu bremsen sein wird. In diesem Zusammenhang sind vor allem die derzeit sehr hohen Immobilienpreise problematisch. Wie Abbildung 11 zeigt, sind die Immobilienpreise in den meisten EU-MOEL seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie deutlich kräftiger gestiegen als die Verbraucherpreise. Dies deutet auf die mögliche Bildung von "Immobilienblasen" hin, die bei einer weiteren geldpolitischen Straffung platzen könnten, mit negativen Spillover-Effekten auf die Gesamtwirtschaft.

Die Prognoserisiken sind ein mögliches Platzen von "Immobilienblasen" und ein Erdgaslieferstopp durch Russland; beides könnte die Wirtschaft der MOSOEL in eine Rezession stürzen.

Abbildung 11: **Immobilien- und Verbraucherpreisindex**

I. Quartal 2020 bis IV. Quartal 2021



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat.

Ein weiteres Risiko hängt mit der Möglichkeit einer Energiekrise im kommenden Winter zusammen. Viele MOSOEL sind aus geogra-

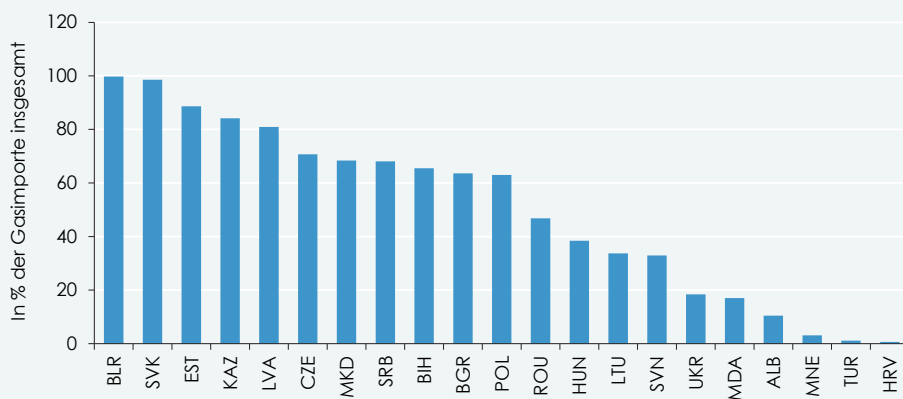
fischen und historischen Gründen besonders stark von russischem Erdgas abhängig (Abbildung 12). Sollte es in den nächsten

Monaten zu einem Lieferstopp bzw. einer anhaltenden Drosselung der Erdgaslieferungen nach Europa kommen, drohen in vielen MOSOEL Energierationierungen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Rezession zur Folge hätten. Dabei sind jene Länder, die über keine eigenen Flüssiggas-Terminals verfügen und somit kaum auf alternative Erdgasquellen ausweichen können (wie Ungarn, Tschechien oder die Slowakei), besonderen Risiken ausgesetzt. Aber selbst jene Länder, die in den letzten Jahren eine der-

artige Infrastruktur aufgebaut haben (wie etwa Polen, Litauen oder Kroatien), werden mit höheren Erdgaspreisen konfrontiert sein, was das Wirtschaftswachstum dämpfen wird. Obwohl eine solche Energiekrise starke Anreize schaffen würde, mittelfristig aus russischem Erdgas auszusteigen und auf alternative Energiequellen zu setzen, ist es kurzfristig kaum möglich, die Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen auf umweltfreundliche Art und Weise zu verringern.

Abbildung 12: **Abhängigkeit von russischem Erd- und Industriegas**

2020



Q: WITS-UN-Comtrade, wiiw-Berechnungen. Nach SITC-Klassifikation 4 rev., Zweistellerebene, entspricht der Position 34 (Erdgas und Industriegas).